



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 11. Januar 1887.

Nr. 15

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 10. Januar.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär Dr. Jacobi, Direktor im Reichschatzamt Aschenborn, Geh. Ober-Regierungsrathe Schrant und Andere.

Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet der Präsident von Wedell-Piesdorf die Sitzung.

Es sind noch nicht 100 Mitglieder anwesend.

Das Mandat des Abg. Camp, der zum Geh. Ober-Regierungsrath befördert worden ist, wird für nicht erloschen erklärt, nachdem die Geschäftsordnungs-Kommission durch ihren Referenten, Abg. Dr. Trübner, mitgetheilt hat, daß sie die Voraussetzungen des § 21 der Reichsverfassung für diesen Fall nicht zureichend erachtet und deshalb die Fortdauer des Mandats beantragt.

Der § 21 bestimmt:

„Beamte bedürfen keines Urlasses zum Eintritt in den Reichstag.“

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme im Reichstage und kann seine Stelle im demselben nur durch neue Wahl wiedererlangen.“

Ein weiterer Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission geht dahin, die Ermächtigung zu der in einem Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 25. November 1886 nachgesuchten strafrechtlichen Verfolgung wegen Verletzung des Reichsgesetzes gegen den verantwortlichen Redakteur der „Darmstädter freien Presse“ nicht zu erteilen.

Der betreffende Artikel bezieht sich auf die Nichtbeantwortung der sozialdemokratischen Interpellation bezüglich der Vorgänge in Bulgarien.

Abg. Dr. Meyer-Halle (deutschfrei): Ich unterstütze den Antrag, weil der Artikel nicht nur nichte Beleidigendes gegen den Reichstag enthält, sondern sich in ähnlichen Ausdrücken hält wie die Entrüstungs-Resolutionen und Entwürfe-Adressen, die der Regierung nahe liegen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Etat des Reichschatzamtes wird nach den Beschlüssen der Budget-Kommission unverändert angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 12. Uhr.

Tagesordnung: Zweite Beratung der Militärvorlage.

Schluß 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. Januar. Der Kaiser erledigte gestern Vormittag Regierungsangelegenheiten, hörte den Vortrag des Grafen von Perponcher und empfing Mittags 12 Uhr den Vizekanzler General von Schweinitz. Nachmittags gegen 4 Uhr erteilte der Kaiser dem Grafen von Perponcher eine Audienz, und um 5 Uhr waren die königlichen Prinzen und Prinzessinnen zur Familienafel bei den Majestäten anwesend. Den Abend verbrachte der Kaiser in seinem Arbeitszimmer. Um 9 Uhr sahen die Majestäten einige hochgestellte Personen als Gäste bei sich zum Thee.

Der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Grafen von Perponcher entgegen, arbeitete mit dem Wirtl. Geh. Rath v. Wilmowski und erteilte Nachmittags 4 Uhr dem Reichskanzler Fürsten Bismarck eine Audienz.

Dem Bundesrath sind zwei Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen zugegangen. Der erste betrifft Bestrafungen von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Feld- und Jagdpolizei und lautet: „Wo in Landesstrafgesetzen die Geldstrafe oder der Mindestbetrag derselben nach dem Werth von Arbeitstagen bestimmt ist, tritt an Stelle der bestehenden Strafbestimmung Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder Haft bis zu vierzehn Tagen.“ Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Verlegung erkrankter Richter in den Ruhestand und lautet: „§ 1. Im Falle des Artikels 8 des Gesetzes vom 16. Juni 1824 betreffend die Verlegung der mit schwerer und dauernder Krankheit befallenen Richter in den Ruhestand hat das Oberlandesgericht auf Antrag des Oberstaatsanwalts durch Plenarbeschluss sein Gutachten darüber abzugeben, ob der dem Verfahren unterworfenen Richter der weiteren Amtseinführung vorläufig zu entheben sei. Bei Befreiungsfällen kann diese Maßregel unbeschadet des Dienstverhältnisses des Richters durch das Ministerium verfügt werden. Sofern das Oberlandesgericht nach Schluss der Untersuchung sich gegen die Verlegung in den Ruhestand ausspricht, tritt die vorläufige Enthebung sofort außer Kraft.“ § 2. Der Artikel 14 des Gesetzes vom 16. Juni 1824 wird aufgehoben.“

Beide Gesetze bezwecken im Wesentlichen eine Ueberreife mit der übrigen deutschen Gesetzgebung. Der zuletzt erwähnte Entwurf über die Richter entspricht überdies dem hervorgetretenen Bedürfnis, da bisher in Fällen, in welchen das öffentliche Interesse die schnelle Verlegung des erkrankten Richters erfordert, ein sehr langwieriges Verfahren eintreten mußte, um Ersatz zu schaffen, während andererseits auch die Vorschrift unbillig erschien, wonach der von der Kommission des

Oberlandesgerichts oder dem letzteren abgelehnte Antrag auf Verlegung in den Ruhestand nicht vor Ablauf von 2 Jahren erneuert werden kann.

Der Bericht der Militärkommission bemerkt, daß die als vertraulich bezeichneten Mittheilungen nicht aufgenommen werden konnten. Die Regierungsvorleger hätten sich auf die rein militärische Begründung beschränkt, so daß ein näheres sachliches Eingehen auf die politische Lage nicht stattfand. Der Bericht stimmt sonst im Wesentlichen mit dem bereits über Kommissionsfragen veröffentlichten Mittheilungen. Hervorzuheben wäre noch eine Aeußerung des Regierungsvorlegers, wonach die Militärverwaltung gar nicht im Stande sei, nur auf ein Jahr Kadres zu bilden. Die Regierung könne nicht wohl in kürzerer Frist als in sieben Jahren zu etwaigen Neubildungen übergehen; eine einjährige Bewilligung sei gänzlich nutzlos.

Aus der Diözese Breslau berichtet die „Schles. Ztg.“:

Da bereits zwei Wochen seit dem Ableben des Fürstbischöflichen Herzog verfloßen sind, das Domkapitel aber innerhalb eines Vierteljahres nach dem Freiwerden des bischöflichen Stuhles sein Recht, eine Kandidatenliste aufzustellen und aus dem der Staatsregierung genehmigten Persönlichkeiten einen Nachfolger zu wählen, ausüben muß, so steht sich das Kapitel nunmehr in die Nothwendigkeit verlegt, die Aufstellung der Kandidatenliste möglichst bald vorzunehmen. Ueberdies ist es seit Langem gedränglich, daß etwa vier Wochen nach eingetretener Sedisvakanz die Kandidatenliste dem Staatsbehörden eingereicht wird, da dieselbe doch eine gewisse Zeit zur Prüfung der Liste gegeben sein muß. Zur Bischofswahl berechtigt sind die residirenden Domherren (einschließlich der beiden Dignitäten, Dompropst und Domdechant) und die Ehren-Domherren, im Ganzen achtzehn Personen. (Wie haben wir bereits genannt. Die Hede.) Der Ehren-Domherr Großschäntz Hoffmann-Norode gehört der Diözese Prag an; es dürfte nicht gerade häufig vorkommen, daß ein Mitglied des Klerus der einen Diözese stimmberechtigt bei der Bischofswahl in der anderen ist. Andererseits findet sich unter den achtzehn Wahlberechtigten kein Vertreter aus dem bischöflichen Antheile des Breslauer Bisthums. Es wird keineswegs als von vornherein unmöglich bezeichnet, daß auf die Kandidatenliste auch der Name des Bischofs Dr. Kopp von Fulda gesetzt wird, doch soll innerhalb des Domkapitels der Wunsch vorherrschen, mehr den Klerus aus der eigenen Diözese zu berücksichtigen, und zwar nicht nur den aus dem preussischen, sondern auch den aus dem

finanziell für den Bischof so wichtigen österreichischen Antheil. Die Entscheidung bei dem Zustandekommen der Kandidatenliste wird vielleicht wesentlich bei den Ehren-Domherren liegen. Bei achtzehn Wahlberechtigten sind zur Majorität zehn Stimmen erforderlich; deren neun würden in dem Falle genügen, wenn einer der Berechtigten etwa sein Wahlrecht nicht ausüben sollte. Indessen wird dieser Fall kaum eintreten, da jeder Wahlberechtigter im Behinderungsfalle befugt ist, einen anderen Wahlberechtigten zu seiner Vertretung beim Akte der Abstimmung zu bevollmächtigen. Vielleicht macht der Aelterste unter den Wahlberechtigten, der gegenwärtig im 82. Lebensjahre stehende Ehren-Domherr, fürstbischöflicher Kommissarius Pfarrer Ranta in Pommern, Kreis Gletow, von dieser Berechtigung Gebrauch. Der Jüngste unter den Wahlberechtigten ist der gegenwärtig im 45. Lebensjahre stehende Kanonikus Domprediger Dr. Franz.

Wie aus Batavia berichtet wird, hat die dortige Firma Langen u. Co. bei der niederländisch-indischen Regierung das Gesuch eingereicht, die Rep-Inseln behufs allgemeiner Ausbeutung auf die Zeit von 75 Jahren in Erbpacht zu erhalten. Diesem Gesuch dürfte, trotz der unangenehmen Aneignung der niederländisch-indischen Regierung gegen Deutsche und zumal gegen deutsche kaufmännische oder industrielle Unternehmungen, Folge gegeben werden, weil die Firma Langen u. Co. schon seit einer Reihe von Jahren unter Anwendung bedeutender Geldmittel auf der Rep-Gruppe sich gesiegt hat. Der Chef der Firma, ein Deutscher, aber amerikanischer Unterthan, ist ein Verwandter des bekannten Großindustriellen Langen in Köln. Die Gruppe der Rep-Inseln, südlich von Neu-Guinea, im Westen des Ara-Archipels gelegen, wird von ca. 20 000 größtentheils belandischen Menschen bewohnt, über welche Holland eine durch einen untergeordneten Beamten angeordnete seltene Herrschaft ausübt. Bezüglich der Ausfuhr der genannten deutschen Firma ist bisher nur auf die von Baubolz, Bestern u. dergl. beschränkt, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß es auch hier deutschem Unternehmungsgeist und deutscher Thätigkeit gelingen wird, diese von Holland seit Jahrhunderten hinab verfallenen Inseln dem täglich zunehmenden weltumfassenden Handel und Weltverkehr zu erschließen.

Auch in Frankreich macht sich die Nothwendigkeit geltend, dem Verfall der Staatseinnahmen aus der Zuckersteuer entgegenzuwirken. Die Regierung beschloß der Kammer eine Vorlage zu machen, betreffend die zeitweilige 20proz. Erhöhung der Zuckersteuer für 1887 und eine am

Feuilleton.

Ist die Stadt Wismar deutsch?

Von Zeit zu Zeit taucht immer wieder die Behauptung auf, daß die Stadt Wismar von Schweden noch heute zum Königreich Schweden gehöre und möglicherweise noch einmal von diesem Staate beansprucht werden könne. Diese Behauptung ist vollständig irrig und wird in einer Zuschrift an die „Zagl. Rundsch.“ der Etablierung in folgender Weise richtig gestellt:

Die Stadt Wismar gehört zu denjenigen deutschen Gebietsstücken, welche im westfälischen Frieden der Krone Schweden als deutsche Reichslehne übertrugen wurden. Im Vertrage von Ralmö (1803) hat Schweden die Stadt gegen eine Summe von 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark an Mecklenburg abgetreten. Nach jedoch das Recht vorbehalten, gegen Rückzahlung der Summe nach Zinsen und Zinseszinsen die Stadt vor Ablauf von 100 Jahren zurückzuverlangen. Diese Frist läuft erst im Jahre 1903 ab; und nach dem Wortlaut des Vertrages könnte Schweden noch innerhalb der nächsten 16 Jahre mit seinem Anspruche hervortreten. Wenn demgegenüber deutsche Zeitungen die Rechtsgültigkeit des Vertrages damit zu erschüttern suchen, daß ihm die kaiserliche Bestätigung nicht zu Theil geworden sei, so ist dies wenig überzeugend; denn auch andere Verträge, für welche zur Zeit des alten Reichs die kaiserliche Genehmigung erforderlich gewesen wäre, sind ohne dieselbe zu allgemeiner Anerkennung und

unabweislicher Rechtsgültigkeit gelangt. Ob nicht schon aus der Entstehungsgeschichte des Ralmöer Vertrages sich mit Bestimmtheit erweisen ließe, daß der Pfandvertrag gar nichts anderes sein soll, als eine verkleidete Abtretung, offen wir dahingestellt. Es genügt, nachzuweisen, daß er im Laufe der Zeit zweifellos dazu geworden ist. Seit dem Jahre 1803 sind die Territorialverhältnisse Deutschlands einer Regelung unterworfen worden, welche mit der ausgesprochenen Absicht unterkommen wurde, erschöpfend zu sein und alle älteren Ansprüche, insbesondere die aus der Zeit der napoleonischen Kriege entstehenden. Der hierüber abgeschlossene Vertrag hat die Anerkennung der europäischen Mächte, darunter auch des Königreichs Schweden gefunden. Es ist die Wiener Kongressakte von 1815. Diese Akte läßt Ansprüche auf deutsches Land auf Grund älterer Verträge nur insoweit bestehen, als dieselben ausdrücklich erwähnt werden. Auch diese noch weiter schwedenden älteren Ansprüche sind später durch eine internationale Vereinbarung, durch den sogenannten Frankfurter Territorialvertrag von 1819, in's Gleiche gebracht worden. Wenn weiter in der Wiener Kongressakte, noch in dem Frankfurter Territorialvertrag die Ansprüche Schwedens auf Wismar erwähnt werden, so waren sie damit endgültig beseitigt. In der rechtlichen Natur von Aneinanderseßungs-Verträgen ist es mit Nothwendigkeit begründet, daß sie für erschöpfend angesehen werden müssen; denn die Zugeständnisse des einen Theils beruhen auf denen des anderen. Wenn, um ein Beispiel aus dem täglichen Leben zu nehmen, eine Erbschaft getheilt und darüber

eine Theilungsurkunde (Erbzettel) aufgenommen wird, so hat kein Erbe ein Recht, hinterher zu sagen, ihm fehle noch außerdem dieser oder jener ältere Anspruch zu; sondern entweder muß er denselben als fallen gelassen betrachten, oder er muß sich entschließen (wenn er glaubt, Gründe dafür zu haben), die ganze Erbtheilung als ungültig anzusehen. So hat Schweden auch nur die Wahl, entweder Wismar als fallen gelassen zu betrachten, oder die Rechtsgültigkeit der ganzen Wiener Kongressakte, d. h. den Bestand der heutigen europäischen Staaten anzusehen. Da das Letztere nicht in Betracht kommt, so haben Schwedens Ansprüche auf Wismar nicht bloß thatsächlich, sondern auch rechtlich aufgehört.

In dem Gekrümme der Wiener Kongressverhandlungen war unter unzähligen anderen Anträgen auf deutschen Boden auch die schwedische Herrschaft an den deutschen Küstenländern der Ostsee geltend gemacht worden. In dem der Kongress diese Ansprüche im Ganzen abwies, hat er auch den Anspruch auf Wismar im Einzelnen abgewiesen.

Diese Ausführungen lassen sich durch eine Reihe folgender Verträge (Begründung des norddeutschen Bundes, des deutschen Reichs u. a. m.), die sich einer europäischen Anerkennung erfreuen, weiter verfolgen, sie erhalten nicht minder eine Stütze in der veränderten Rechtsauffassung über Verpändungen von Unterthanen überhaupt.

Wenn sonach klar ist, daß heute Wismar eine deutsche Stadt ist, wie jede andere, so ist es wenig erfreulich, daß die mecklenburgischen Behörden selbst den Ort gelegentlich noch als Pfand-

schilling bezeichnen. Der mecklenburgische Fiskus braucht gegenwärtig in Wismar ein neues Zollgebäude; das dafür erforderliche Grundstück hat ihm die Stadt verkauft. Im letzten Augenblicke nun verlangte in der Ueberlegung, daß Schweden möglicherweise die Stadt zurückverlangen könne, und dann der Staat für das Grundstück im fremden Gebiet keine Verwerthung habe, die großherzogliche Steuer- und Zollverwaltung zu Schwerin die Aufnahme einer Zusatzbestimmung, daß in diesem Falle der Kaufpreis mit 1687 $\frac{1}{2}$ Mark zurückzahlen sei. Diese Fürsorglichkeit ist anzuerkennen, jedoch muß man sich fragen, ob es mit der nationalen Würde vereinbar ist, daß ein deutscher Staat in seinen Verträgen von der Möglichkeit spricht, einen Theil seines gegenwärtigen Gebietes an das Ausland abzugeben zu sehen. Ob eine deutsche Hafenstadt an das Ausland ausgeliefert wird, ist nicht eine innere Angelegenheit irgend eines Einzelstaates. Und wenn auch die Reichsverfassung keine Handhabe gewährt mag, um eine Verwaltung zu hindern, in ihre privatrechtlichen Verträge hineinzuerschreiben, was sie wolle: so wäre es doch wünschenswert, wenn im Wege freundlicher Vorstellung darauf hingewirkt würde, Alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als ob wir in der Wahrung unseres Gebietsstandes, so wie er gegenwärtig ist, weniger eifrig wären als irgend ein anderes Volk.

1. September 1887 beglaubende Herabsetzung der den Zuckerraffinerien bewilligten Prämien durch Erhöhung des angenommenen Procentfußes des Ausbringens an Zucker.

Der hier eingetroffene deutsche Botschafter am Petersburger Hofe, General von Schweinitz, begibt sich nach Petersburg zurück, um dem Empfange des Zaren am russischen Neujahrstage beizuwohnen.

Unsere deutsche Rheederet hat durch den „Norddeutschen Lloyd“ wieder recht bemerkenswerthe Triumphe im Wettbewerb mit den englischen und französischen Schiffen davongetragen. In einem amtlichen Berichte des Postinspektors der auswärtigen Posten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird die Schnelligkeit aller Dampfer, welche in den letzten 5 Monaten die Post von New York nach Europa befördert haben, zusammengestellt. Es wird die Zeit berechnet, welche jeder Dampfer von New York nach Europa gebraucht hat. Demnach hat sich herausgestellt, daß der „Norddeutsche Lloyd“ von sämtlichen wettbewerbbaren Linien die meisten Schiffe besitzt, die durchschnittlich mehr als 16 Meilen in der Stunde zurücklegen, nämlich fünf: Travu, Saale, Ems, Fulda und Berra, während die Konkurrenz nur zwei, die Union und die Anconita, jede nur einen, die französische Linie drei und alle anderen Linien überhaupt keine Dampfer von so schneller Fahrt besitzen.

Ausland.

Paris, 8. Januar. Das schriftliche Gesuch der bulgarischen Abgeordneten an den Minister des Auswärtigen um eine Audienz wurde Flourens überreicht, als er sich im Ministerrat befand, worauf dieser sofort beschloß, daß nur eine Privataudienz zu bewilligen sei. Diese wurde auf Montag Morgen anberaumt. Bei Privatempfang von Personen, die nicht amtlich durch eine regelmäßige Regierung beglaubigt sind, ist es üblich, daß ein Beamter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bei der Unterredung zugegen ist. Zu dem Zwecke wurde von Flourens Francis Chermes beauftragt, der bereits auch der Unterredung mit Willoughby anwesend war. Die Bulgaren werden nur kurze Zeit in Paris bleiben und von hier nach Rom gehen, wo ihnen, dem Vernehmen nach, eine ähnliche Aufnahme wie in England zu Theil werden wird.

1500 Arbeiter der Tabakmanufaktur, von der Abtheilung der Zigarrenarbeiter, in Marseille haben die Arbeit eingestellt, weil der Direktor der Manufaktur es ablehnte, dem Chef ihrer Abtheilung, mit dem sie unzufrieden sind, zu entlassen.

Gestern hielten 25 deutsche Sozialisten, unter Vorsitz eines Schneidergesellen, hier eine Versammlung und beschloßen, einen Verein unter dem Titel „Deutscher Sozialistenklub in Paris“ zu gründen. Dieser Verein ist der erste, der hier von ausländischen Sozialisten öffentlich gegründet wurde. Diesen Abend wird der Verein in der Rue de Bassille seine erste Klubversammlung halten.

Die neuesten Depeschen aus Hanoi berichten über zahlreiche Geschehnisse zwischen französischen Truppen und Aufständischen. Obgleich die „Rebellen“ mit Verlusten zurückgeschlagen wurden, ist die Lage in Tonkin derart, daß an eine Verminderung des französischen Besatzungskorps nicht zu denken ist. Die „Rebellen“ sind mit Gewehren und Kanonen gut bewaffnet und scheinen auch tüchtige Anführer zu haben.

Paris, 7. Januar. Der „Matin“ betont heute in einem ihm offenbar aus dem Kriegsministerium zugegangenen Artikel, Frankreich wolle keinen Krieg, und sucht dann zu beweisen, daß die französische Armee in jeder Beziehung der deutschen ebenbürtig sei. Die „angeblichen“ Ueberlegenheiten der Deutschen sei auf verschiedene Ursachen zurückzuführen: da sei zunächst das Repertragevermögen, das von den französischen Offizieren fast mit Bedauern angenommen wurde. Dasselbe schreibe zwar etwas schneller als das Grasgewehr, aber diese geringe Erhöhung der Geschwindigkeit wiege dessen Nachteile nicht auf; der Schuß sei nicht sicher, die Vergewissung der Munition größer und daher die völlige Erschöpfung derselben im entscheidenden Augenblick des Kampfes zu befürchten, mit einem Worte, durch das Repertragevermögen verliere die Führer die notwendige Feuerleitung. Die Ausrüstung desselben in Frankreich habe nur eine moralische Wirkung, denn man habe hinter dem fremden Heere nicht zurückstehen wollen. Das Weiteren tritt der Artikel für die Vermehrung der Reiterei ein, denn in dieser Waffengattung sei Deutschland der Zahl nach überlegen. In Bezug auf die Mobilmachung aber könne Frankreich das gleiche leisten wie Deutschland, wenn jeder seine Pflicht thue. „Wir klug befriedigt“, heißt es dann, „sind wir, wenn wir unsere Artillerie betrachten, die nach der Ansicht zuverlässiger Personen besser ist als die deutsche. Im Ganzen genommen verfügen wir über ein Heer erster Linie, das 19 ständige Armeekorps stark ist, zu welchen, wie das militärische „Annuaire“ mittheilt, noch neun weitere Armeekorps aus dem Ersatz des aktiven Heeres hinzugekommen. Außerdem haben wir sechs unabhängige Reiter-Divisionen. Diese 28 Armeekorps sind 38,000 Mann stark. Falls der Militär-Gesamtwurf Boulanger's angenommen wird, besteht in Zukunft jedes Armeekorps aus fünf, anstatt wie bisher aus vier Infanterie-Brigaden, so daß die Zahl der Korps von 28 auf 22 verringert, der Bestand des einzelnen aber auf 44,000 Mann erhöht wird und wir in erster Linie ungefähr eine Million Streiter der aktiven Armee aufstellen können. In zweiter Linie wird die Territorial-Armee stehen, die 145 Infanterie-Regimenter,

144 Schwadronen, 18 Artillerie-Regimenter z. z. zählt. In dritter Linie endlich haben wir die Depots und die Reserve der Territorial-Armee. So kann denn Frankreich in etwa 14 Tagen annähernd 2 Millionen Streiter der ersten und zweiten Linie mobil machen.“ Der „Matin“ würde sicherlich weniger zuversichtlich reden, wenn er nicht wüßte, daß diese Zahl weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, daß Frankreich, wenn es nach dem jetzigen Militärgesetz mobil macht, mit der Territorial-Armee, deren Reserve nicht mitgerechnet, nicht 2 Millionen, sondern über 3 1/2 Millionen geschulte Soldaten auf die Beine stellen kann. Ein solches Hervorheben des Selbstbewußtseins, wie es dieser kriegsmilitärische Artikel zeigt, pflegt in Frankreich gar häufig der Vorbote großer Thorheiten zu sein; bedauerlich aber für den hier lebenden Deutschen ist es, zu sehen, wie dieses Selbstbewußtsein seine hauptsächlichste Nahrung schöpft aus der Zuversicht, daß es dem Windthorst, Richter, Bamberger und Gersonen gelungen werde, die deutsche Wehrkraft niederzubrechen. So treten denn auch die Kriegsergüsse, die in Folge der amtlichen Neujahtsreden verschwunden waren, wieder stärker denn je auf. Die hier weilenden russischen Agenten namentlich scheinen ihre Hauptaufgabe darin zu suchen, den Franzosen vorzutragen, daß sie auf Ausland zählen und deshalb Deutschland ungestraft betrogen können. Für die Stimmung der merkwürdigen ist ein Artikel des „Kampf“, der mit Anspielung auf die Rede des deutschen Kaisers schreibt: „Nach Jena kam Waterloo und Sedan. Auch wir haben die größte Niederlage erlitten, die Frankreich jemals erlebt hat. Auch wir haben eine Schmälerung unseres Gebiets erdulden müssen. Arbeiten wir daher wie die Preußen 1806, und wir werden wie sie einen glänzenden Tag haben.“

Paris 9. Januar. Ueber den heutigen Empfang der bulgarischen Deputation, welchem der Direktor der politischen Abtheilung im Ministerium des Auswärtigen, Chermes, beizuwohnte, meldet die „Agence Havas“: Graf Joseph Flourens die näheren Umstände der Bildung der bulgarischen Regierung auseinander, sowie die verschiedenen Fragen, welche sie durchgemacht habe und die gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Regierung verstehe ihre Lage, sowie diejenige Europas vollkommen und werde alle Konsequenzen machen, welche mit der Unabhängigkeit Bulgariens verträglich seien, um auf dieser Lage herauszukommen. Sie glaube indessen nicht, daß es möglich sei, die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien anzunehmen, da eine solche nicht die Stabilität und die Freiheit des Landes sichern würde, auf welche dieses ein Recht habe. Flourens erwiderte, er habe die Delegation nur als Privatperson empfangen, da er ihnen in seiner Weise ein gerechtes Mandat zubilligen könne. Bulgarien habe seine Unabhängigkeit in inneren Angelegenheiten, was aber die internationalen Beziehungen angehe, so habe die Pforte allein das Recht, im Namen Bulgariens zu sprechen. Er bedauere die missliche Lage Bulgariens, aber er glaube, das beste Mittel, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, wäre, den Wünschen Russlands, dem Bulgarien seine Existenz verdanke, Rechnung zu tragen und diesem Interesse selbst einige Konsequenzen zu machen. Er (Flourens) könne sich über keine Kandidatur aussprechen, das würde im gegenwärtigen Augenblick verfrüht sein, es sei indessen vielleicht bedauerlich, daß die Regierung die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien alsbald zurückweise, übrigens müsse Frankreich, welche Sympathien Bulgarien auch verdienne möge, sich vor allem an das allgemeine Interesse Europas, d. h. den Frieden anzuschließen, er könne daher nur empfehlen, möglichst schnelle und sichere Mittel zu ergreifen, um zu einer Lösung zu gelangen.

Seitens der Delegation wurde erwidert, die bulgarische Regierung müsse ebenfalls den Frieden Europas und deshalb habe sie auf die Kandidatur des Fürsten Alexander verzichtet; aber könne man nicht zwischen dem Fürsten Alexander und dem Fürsten von Mingrelien eine andere Kombination finden? Adament nicht die bei der Frage nicht interessierten Mächte eine solche anstößig machen? Flourens entgegnete, keine Nacht, mit Ausnahme der Pforte, könne dies; Frankreich habe bei der Frage keine besondere Rolle zu spielen, es könne nur diejenigen Lösungen begünstigen, welche am meisten geeignet wären, von den Hauptinteressen angenommen zu werden. Frankreichs einziges Ziel sei die Erhaltung des Friedens.

Paris, 10. Januar. Das „Journal des Debats“ meint, das bulgarische Volk gewähre in keiner Weise den Anschein eines naturdringlichen Volkes, daselbe sei so unabhängig, daß es sogar formelle Verpflichtungen habe verkleinern dürfen, wie dies durch die Nichtleistung des an die Türkei zu entrichtenden Tributs sowie durch die Erhaltung der Festungen an der Donau geschehen sei. Er habe dem bulgarischen Volke beibringen, den Frieden im Oriente zu fördern, den Berliner Vertrag zu zerreißen und Rumelien zu annektieren. Auch jetzt noch höre es nicht auf, dem Willen Europas folgen zu trohen, indem es Philippopol als bloßen Provinzialhauptort behandle. Die bulgarische Regierung sei nur eine revolutionäre; die bulgarische Demokratie sei in die Hände einiger Emporkömmlinge und Ehrgeiziger gefallen. Die Bulgaren seien unfähig, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, und selbst wenn sie es vermöchten, so seien sie doch nicht in der Lage dazu. Denn Rumelien, dem die Bulgaren ihre Befreiung verdankt,

habe ein Recht, eine Art Vormundschaft über sie auszuüben und ebenso sei die Türkei, deren Vassallen sie seien, berechtigt, bei den Angelegenheiten Bulgariens zu interveniren. Da zwischen Rumelien und der Türkei Einvernehmen herrsche, so sei nicht abzusehen, mit welchem Grunde andere Staaten sich herbeilassen, die in Sofia errichtete, aus Diktatoren und Störenfriedern bestehende Regierung zu unterstützen und zu halten.

Cannes, 8. Januar. Der deutsche Botschafter Graf Münster ist heute hier angekommen und in Elmers Hotel du Pavillon abgestiegen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Januar. Am 13. d. M. beginnt die Ziehung der diesjährigen 21. Kölner Dombau-Loterie, die mit Hauptgewinnen von 75,000, 30,000, 15,000 z. c. in barem Gelde ausgestattet ist. Diese Lotterie ist durch das langjährige Bestehen und durch den hohen Zins derselben eine der beliebtesten Lotterien geworden, was der flotte Absatz dieser Loose bezeugt. Der Vertrieb der Loose für Stettin ist in den benannten Händen des Herrn Rob. Th. Schröder, welcher außer den Originalloosen auch halbe und viertel Theile zum Preise von 1,80 Mk. resp. 1 Mark abgibt.

In der am 7. d. Mts. abgehaltenen Neujahrs-Quartal-Versammlung der hiesigen Maler-Zunft wurde neben anderen zur Förderung der Zunft angenommenen Anträgen beschloßen, an alle Nicht-Zunftmitglieder ein Aufschreiben mit der Aufforderung zum Eintritt in die Zunft zu erlassen unter besonderem Hinweis auf § 100e der Gewerbe-Ordnung, nach welchem den Zunftmitgliedern allein das Recht zur Ausstellung von Lehrzügen zusteht, und wurde besonders betont, daß für die Folge die Zunft strengstens darauf achten werde, daß die Nicht-Zunftmitglieder dies Recht nicht mehr für sich in Anspruch nehmen dürfen. Ferner wurde beschloßen, daß nach Schluß der Fachschule in diesem Jahre eine Ausstellung von Fachschularbeiten stattfinden soll, an welcher auch mehrere andere Zünfte Theil nehmen werden. — An die Versammlung schloß sich ein gemeinschaftliches Abendessen, bei welchem Herr C. Wittmer nach einer patriotischen Ansprache ein Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser ausbrachte, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Bei der k. k. Polizeidirektion sind seit dem 27. v. M. gemeldet:

Befunden: 1 neuer grauer Flegel mit Strid — 1 runder schwarzer Filzhut — 1 kleine schwarze Hüdn mit gelber Schnauze und gelben Füßen — 1 sogen. Stornomuff — 1 schwarzweide Herrenkravatte — 1 goldener Trauring, gez. E. S. 1883 — 1 schwarzer Pelzragen — 1 graue Herrenschirmmütze — 1 brauner Lederriemen — 1 Portemonnaie, enthaltend 55 Pfg., 1 Uhrschlüssel, 1 Erinnerungsgeld von 1866 — 1 neuer gefütterter Lederhandschuh — 1 gefüllte Hängetasche (Pompadour), enthaltend 2 Bund kleine Schlüssel, 1 Taschentuch, gez. P. 11. — 1 schwarzer Schirm mit gelber Krüde — 1 Bund Bandelisen (1/2 Zentner schwer) — 1 Haarschneur mit kleinem gelbem Schieber — 2 durch einen Niet befestigte Schlüssel — 1 goldene Damenuhrette — 1 Stück Blei und 1 Padet Nagel — 1 blaue Stutzer-Teamühe, gez. G. Höft alias Lucas — 1 kurze silberne Kette mit 2 daran befindlichen silbernen Rängen — 1 goldener Ohrring mit blauem Stein — 1 medizinisches Buch in lateinischer Sprache — 1 Portemonnaie mit 2 M. 25 Pfg. — 1 Portemonnaie mit 89 Pfg. — 1 schwarze Schürze — 1 Hüls einer Wagenachse — 1 Portemonnaie mit 1 M. 45 Pfg. und 1 Goldspindelschlüssel — 1 weißes Leinwand mit zerknüllter Kante — 1 kariertes Damenstulchen — 2 Schlüssel zum Haus- und Vorleschloß — 1 Padet, enthaltend 2 Meter roth- und weißkariertes Zeug — 1 großer Handwäscher von Leder — 1 Briefstapel, enthaltend 1 Militärapel und sonstige Papiere, für Kaiser Wilh. Parlow — 1 Portemonnaie mit 10 Pfg. — 1 Ring mit 4 kleinen Schlüsseln — 1 Schlüssel am Lederriemen — 1 Dienstbuch für Louise Hilbrandt — 3 Schlüssel am Ringe — 1 Portemonnaie, enthaltend 1 M. 90 Pfg. und 1 Uhrschlüssel — 1 Portemonnaie mit 8 M. 65 Pfg. — 1 brauner Glacehandschuh — 1 großer Schlüssel — 1 Pelzmannschette — 1 kleines weißes Taschentuch — 1 Fleischkontobuch für Frau Kaufmann Wöppel — 1 goldener Segelring mit gelbem Stein und 1 goldener Fingerring mit Brillant (wahrscheinlich imitirt).

Die Berliner wollen ihre Eigentumsrechte binnen drei Monaten geltend machen.

Berlin, 10. Januar. 1 schwarzes Lederportemonnaie, enthaltend gegen 2 M. in kleineren Münzen, 2 Lotterieloose (Roths Kreuz Lotterie und Baden-Baden Lotterie) und 2 kleine Schlüssel — 1 schwarze Mütze — 1 rothweides Tuch — 1 breites silbernes Armband — 1 Trauring, gez. N. G. 1863 — 1 goldene Brille — 1 schwarzer Glacehandschuh mit Pelz gefüttert — 1 Damenhand, blau mit gelb garnirt — 1 kleiner gelber Wäschebeutel — 1 Portemonnaie, enthaltend 13—15 Mk. — 1 Kalender für preussische Justiz-Sabalter-Beamtene pro 1887 — 1 Uhrschlüssel mit Silberbeschlag (Medaillon an einer Kette) — 1 Band (5) Schlüssel, von denen einer abgedrohten Bart hat — 1 schwarzer Pelzragen mit schwarzer Seite gefüttert — 1 Sparfassenbuch der Stettiner

Sparfasse Nr. 245,450 über 304 M. Eingang für Alwine Felscher — 1 weißes Taschentuch, gez. Th.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Mignon.“ Romantische Oper in 4 Akten.

Mittwoch. Stadttheater: „Johann von Lothringen“ (Le chevalier Jean). Große Oper in 4 Akten.

Bermischte Nachrichten.

Ein Herr wollte den Dom in Köln besuchen. Als er beim Eingang in denselben im Begriff stand, seine brennende Zigarre in ein dafür bestimmtes Futteral zu legen, trat ein kölnischer Junge an ihn heran und sagte: „Hör, soll ich dich die Zigarre am Brand halte, bis Ihr wider herabkommt? Et loßt nur eine Silberzigarre.“

(Ein Bräutigam.) Die folgende kleine Szene spielte sich kürzlich, nach der „W. Z.“, in einem jener Berliner Mietshäuser ab, deren verfallenes Haus für von einem Portier überwacht wird. Die Einwohner des Hauses nehmen dem braven Ehepaar zu allerlei kleinen Dienstleistungen in Anspruch, denen er sich willig unterzieht, um dafür, wenn er am Neujahrstage seine Gratulation vorbringt, eine reichliche Spende zu erhalten. Das war denn auch am diesem Neujahrstage so, und nur ein erst im Laufe des Jahres eingezogener, unter dem Hausgesossen bereits als „etwas sehr genau“ bekannter Herr vergaß den bewährten Griff in die Tasche. Der brave Portier wartet einen Tag — nichts; noch einen Tag — nichts; endlich faßt er sich ein Herz und redet dem Vorübergehenden an: „Nehmen Sie's nicht übel, Herr Scharrer, es war Neujahr und da —“ „Richtig, richtig,“ antwortete der Gute, „das habe ich ja ganz vergessen; erinnern Sie mich nächsten Sylvester daran.“

(Aus Kalan.) Vater! Ich bin heute einen raufgekommen! — „So, mein Idiot, tust du das? —“ „Ja, warum nicht ich auch nicht! Der Lehrer fragte die Marie, wie eine über mir steht, wie die größte Stadt in Andalusien heißt und das wußte sie nicht! — „Und du wußtest es?“ — „Nein! Ich wußte es jetzt noch nicht! Aber nun rief der Lehrer: „Marie! Willst du's sagen, oder soll ich die Elfe fragen?“ Und gerade wie sie sich besinnen hatte, fuhr er so schnell an und sagte: „Willst du?“ und dann wandte er sich zu mir und ich wußte Marie's Namen und sagte: „Es will ja!“ — Nun magst du mich gleich einen raufspeien.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 10. Januar. Die „Bresl. Ztg.“ meldet aus Bahrz: Der gestern Abend 8 Uhr eingetroffene Breslauer Personenzug lief mit einem Rangirungszug zusammen, dessen Maschine und drei Wagen in Folge dessen entgleisten. Der Lokomotivführer und der Heizer des Rangirungszuges wurden schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Die Passagiere des Personenzuges blieben unverletzt.

Stuttgart, 10. Januar. Ministerpräsident von Mittnacht ist heute nach Berlin abgereist, um an den Verhandlungen des Bundesrats theilzunehmen.

Die verstorbenen Prinzessin Marie von Württemberg hat dem Prinzen Wilhelm von Württemberg ihr Palais samt einer Million Mark, der Prinzessin Charlotte einen sehr werthvollen Schmuck, ein Edelstein der Königin Katharina, ferner der Familie des Prinzen von Weimar etwa 300,000 Mark, reißt einem zweiten Schmuck und dem Herzog Alexander von Oldenburg 2 Millionen Mark vermacht. Verschiedene wohlthätige Anstalten wurden mit zusammen 1,200,000 Mark bedacht.

Hann, 10. Januar. Das Strafgericht, durch welches der Sozialistführer Domela Nieuwenhuis wegen Verleumdung des Königs zu einjähriger Haft verurtheilt wurde, ist vom Kassationshofe bestätigt worden.

Paris, 10. Januar. Die Zeitungen sprechen sich über die Antwort des Ministers Flourens an die Mitglieder der bulgarischen Deputation befriedigt aus.

London, 9. Januar. Wie aus Suva vom heutigen Tage gemeldet wird, ist der Afrikanische Zerkler an Bord des Dampfers „Dacca“ aus Sansibar dort eingetroffen.

Madrid, 10. Januar. In dem Alcazar zu Toledo brach in der Nacht eine Feuersbrunst aus.

Sofia, 9. Januar. Der Führer der Dp-postion, Zankow, ist heute Vormittag nach Konstantinopel abgereist.

Sofia, 10. Januar. Die bulgarische Regierung: erklärt offiziell, sie denke nicht daran, zu demissioniren. Sie werde sich vielmehr vor er füllter Mission nicht zurückziehen.

New York, 9. Januar. Das Bremer Postschiff „Elisabeth“, Kapitän Halberstadt, welches am 22. November v. Js. von Hamburg nach Baltimore abgegangen war, ist bei Kap Henry während eines Orkans und tiefen Schiffsstürms gestrandet. Zwei Rettungsboote, welche zur Hilfe abgegangen waren, nahmen die aus 15 Personen bestehende Mannschaft auf. Eine ungeheure Welle warf jedoch beide Rettungsboote um; die gesammelte Mannschaft der „Elisabeth“, sowie die aus 5 Personen bestehende Besatzung der Rettungsboote ertranken. Das Schiff ist wahrscheinlich ein vollständiges Wrack.